

JUTTA OESTERLE-SCHWERIN

Feministische Partei

DIE FRAUEN – unentbehrlich und innovativ

Die Frauenbewegung in der Bundesrepublik war in den letzten fünfundsiebenzig Jahren erfolgreich: Sie hat soziale und kulturelle Projekte hervorgebracht, ohne die unser Leben heute wesentlich ärmer wäre. Frauenbewegten Frauen ist es gelungen, in Bastionen des Patriarchats wie Politik, Universitäten und Medien einzudringen; Bund, Länder und Kommunen sahen sich zu einer Befriedungspolitik veranlaßt, der sie mit Hilfe der Einführung von Frauenbeauftragten nachkamen, wobei sie sich erfreulicherweise häufig die Laus in den eigenen Pelz gesetzt haben; und die Diskussionen, die die feministische Frauenbewegung in Gang gesetzt hat, haben sämtliche Parteien dazu gezwungen, selbst irgendeine Art von »Frauenpolitik« zu betreiben. Das alles sind Erfolge, die ohne die jahrelange außerparlamentarische Arbeit der Frauenbewegung nicht denkbar wären.

Was in der Projektlandschaft der Frauenbewegung bis heute fehlte, war eine politische Partei, die sich mit der eindeutigen Absicht zur Wahl stellt, die Interessen von Frauen auch auf parlamentarischer Ebene in den Mittelpunkt ihrer Politik zu rücken. Bislang versuchten Feministinnen mit mehr oder weniger großem Erfolg, ihre Themen innerhalb der SPD und der Grünen einzubringen. Neuerdings bietet sich auch die PDS – als ganz neuer Besen, der ganz gewiß gut kehrt – dafür an. Bei genauerem Hinsehen wird Frau jedoch klar, daß die Politik aller gemischtgeschlechtlichen Parteien von Männern dominiert wird und daß frauenpolitische Themen dort nur am Rande eine Rolle spielen.

Heute kann keine Partei mehr ohne Frauenpolitikerinnen auskommen. Jede dieser Politikerinnen weiß allerdings, daß sie mit dem eigentlich ungeliebten Thema »Frauenpolitik« innerhalb der eigenen Partei nicht weit kommt. Deswegen haben auch schon allzu viele von denen, die einst als Frauenpolitikerinnen ihrer Parteien »hochgekommen« sind, das Thema wieder verlassen und sich »Wichtigerem« zugewandt. Kontinuierliche Erfolge innerhalb der eigenen Partei wurden nur den wenigsten Feministinnen zuteil. Der Grund dafür liegt auf der Hand: Da Frauen innerhalb aller gemischtgeschlechtlichen Parteien in der Minderheit sind, werden alle diese Parteien von Männern dominiert. In den Kreismitgliederversammlungen ist die zahlenmäßige Dominanz von Männern noch viel größer als in den Mitgliederkarteien, weil Frauen, aus welchen Gründen auch immer, an diesen Versammlungen viel seltener teilnehmen als Männer. Deswegen sind Frauen, die sich um

Jutta Oesterle-Schwerin - Jg. 1941, geboren in Jerusalem, seit 1962 in der Bundesrepublik Deutschland, seit diesem Zeitpunkt politisch aktiv, zuerst in der Außerparlamentarischen Opposition; von 1975-80 Stadträtin der SPD in Ulm, danach bis 1987 Stadträtin für Die Grünen, von 1987-90 Bundestagsabgeordnete der Grünen; zusammen mit anderen Frauen im Juni 1995 Gründung der Feministischen Partei DIE FRAUEN.

Dieser Beitrag ist eine Antwort auf den Artikel »Mottenkistenfeminismus« von Christina Schenk und Christiane Schindler, in: UTOPIE kreativ, Heft 58, August 1995, S. 34-42.

Posten oder Mandate bewerben, darauf angewiesen, innerhalb ihrer Partei von Männern gewählt zu werden. Diese Situation verursacht einen großen Anpassungsdruck und erzeugt ganz von selbst die »Schere im Kopf«. Frau darf eben nicht »zu weit« gehen, wenn sie auf eine Landesliste oder in einen Vorstand gewählt werden will. Daran ändert auch die Quotierung der Landesdelegiertenversammlungen der Grünen nichts. Die Zahl der weiblichen und der männlichen Delegierten auf diesen Landesversammlungen ist zwar annähernd gleich. Aber auch die weiblichen Delegierten werden von Kreisverbänden gewählt, die zahlenmäßig von Männern dominiert werden. Auf den Delegiertenversammlungen vertreten sie dann folgerichtig auch die Interessen derer, von denen sie delegiert wurden.

Spätestens an dieser Stelle der Argumentation wird häufig eingewandt, daß Frauen ihre Abwesenheit in den Versammlungen der gemischtgeschlechtlichen Parteien schließlich selbst zu verantworten haben. Würden sie sich dort einbringen, hätten auch frauenpolitische Forderungen bessere Chancen. Der Einwand bleibe dahingestellt. Fakt ist, daß es noch keiner Partei gelungen ist, daran etwas zu ändern, und daß große Zweifel angebracht sind, ob die Parteien das überhaupt wollen.

Als Ergebnis der beschriebenen Situation werden Feministinnen in gemischten Parteien stets nur als Gäste und immer nur für eine beschränkte Zeit geduldet, was angesichts der großen Bedeutung, die Parteien innerhalb einer parlamentarischen Demokratie nun einmal haben, der Sache der Frauen äußerst abträglich ist.

Angesichts dessen leuchtete vielen Frauen die parteipolitische Abstinenz der feministischen Frauenbewegung nicht mehr ein, zumal die Rolle der bestehenden Parteien in der Auseinandersetzung um frauenpolitische Forderungen und bei der Beschaffung von Geldern auch von Feministinnen längst anerkannt wurden. In diesem Zusammenhang sind die VertreterInnen von Parteien auch bei feministischen Projekten gern gesehene Gäste, was ihnen dann wiederum ermöglicht, sich mit den Kontakten zur Basis zu schmücken. Nicht zuletzt gehen die meisten Feministinnen sogar zur Wahl, schon um ein großes Übel durch ein kleineres zu verhindern – oder zu ersetzen.

Warum also stets als Bittstellerin oder als Gast bei anderen anknöpfen, warum als Wählerin Stimmen an Parteien verschenken, die Frauenpolitik äußerst halbherzig betreiben, anstatt endlich selbst um einen Anteil an den Machtstrukturen dieser Gesellschaft zu kämpfen? Sprecherinnen und Mandatsträgerinnen, die von Frauenversammlungen nominiert werden und sich Frauen gegenüber verantworten müssen, werden die Interessen von Frauen schließlich besser vertreten können als Frauenpolitikerinnen, die auf die Unterstützung von männerdominierten Gremien angewiesen sind.

Die Frage, ob Frauen sich separieren und eigene Organisationen aufbauen sollen, ist übrigens so alt wie die Frauenbewegung selbst. Als meine 97jährige Tante kurz vor ihrem Tod davon hörte, daß ich mich an der Gründung einer feministischen Partei beteilige, ließ sie mich ausrichten, das sei Quatsch, da Frauen und Männer zusammen

»Das politische Bild von der Frauenpartei bleibt diffus. Der Platz im politischen Spektrum, den die Frauenpartei für sich beansprucht, wird im Programm nicht beschrieben; aber wenn Feminismus sich nicht in einer wie auch immer gear-teten, aber das Innere des Individuums gerichteten Spiritualität erschöpft, sondern die Gesellschaft so verändern will, daß die permanente Reproduktion patriarchaler Strukturen und Mechanismen beendet wird, dann ist eine feministische Partei zwangsläufig eine linke Partei. Umgekehrt gilt, daß ein modernes Verständnis von Links-Sein insbesondere den feministischen Ansatz zwingend einschließt.«
Ebenda, S.40f.

für den Sozialismus kämpfen müßten...

Die Gründung der Feministischen Partei DIE FRAUEN schließt den Weg, in gemischtgeschlechtlichen Parteien mit Männern zusammen gegen patriarchale Verhältnisse vorzugehen, nicht aus. Diejenigen Frauen, die das weiterhin in allen anderen Parteien versuchen wollen, werden durch die Existenz einer erfolgreichen feministischen Partei gestärkt werden.

Die programmatische Arbeit

Mit dem Begriff Feminismus, der trotz seiner weitverbreiteten Desavouierung bewußt in den Namen der neuen Partei aufgenommen wurde, halten sich die Gründerinnen an die Definition von Gerda Lerner, die in »Die Entstehung des feministischen Bewußtseins« schreibt: »Ich definiere feministisches Bewußtsein als die Einsicht von Frauen, daß sie einer untergeordneten Gruppe angehören; daß sie als Gruppe unter Mißständen leiden; daß ihr untergeordneter Status nicht naturbedingt, sondern gesellschaftlich produziert ist; daß sie sich mit anderen Frauen zusammentun müssen, um die Mißstände abschaffen zu können; und schließlich, daß sie eine Gegenvision von einer gesellschaftlichen Ordnung erarbeiten können und müssen, in der Frauen wie Männern Autonomie und Selbstbestimmung zustehen.«

In der Präambel zum Programm wird zunächst die gesellschaftliche Situation beschrieben, in der wir uns befinden; danach wird die Ideologie angeprangert, auf der diese Verhältnisse beruhen; schließlich wird auf die Beteiligung und auf die Verstrickung von Frauen in dieses System eingegangen:

»Wir leben in einer patriarchalen Gesellschaft, deren politische Strukturen von Männern für Männer erdacht wurden und von Frauen kaum genutzt werden können. Die demokratischen Rechte wie Pressefreiheit, Vereinigungsfreiheit und das Recht auf politische Einflußnahme durch die Beteiligung an Wahlen werden durch die Repression patriarchaler Strukturen und die ökonomische Macht einer Minderheit ausgehöhlt. In der Wirtschaft und in der Politik entscheiden wenige – meist Männer – allein darüber, was für wen unter welchen Bedingungen produziert und propagiert, geforscht und erfunden wird. Dabei nehmen sie weder Rücksicht auf die elementaren Bedürfnisse aller Menschen – am wenigsten auf die von Frauen – noch auf das menschliche Leben selbst. Im Gegenteil: Um ihre Macht zu vergrößern, um hohe Profite und schnelle Gewinne in aller Welt zu erzielen, gehen sie buchstäblich über Leichen.

Ebenso zerstörerisch wie das patriarchale System von Wirtschaft und Politik sind die tief verwurzelten patriarchalen Ideologien von der Überlegenheit der einen Sorte Mensch über die andere: Von der Überlegenheit der Weißen, von der Überlegenheit bestimmter Völker und von der Überlegenheit bestimmter Kulturen und Wertesysteme. Dazu gehört auch das patriarchale Weltbild, in dem Frauen stets eine untergeordnete Rolle zugeordnet wird. Aus diesen Ideologien wird auch die Vorstellung von dem Recht der »Überlegenen« abgeleitet, die »Unterlegenen« zu unterdrücken und auszubeuten. Die Verinnerlichung dieser Ideologie durch die Unterdrücker und

häufig auch durch die Unterdrückten ist eine der wesentlichen Voraussetzungen für das Funktionieren des Patriarchats.

Herrschaft üben auch solche Menschen aus, die selbst von anderen beherrscht werden: Männliche Angehörige unterdrückter und verfolgter Gruppen werden im Umgang mit Frauen selbst zu Unterdrückern, und auch Frauen nehmen teil an der Unterdrückung und Verfolgung anderer. Der Reichtum dieses Landes basiert zum größten Teil auf der systematisch betriebenen Verarmung anderer Länder. Alle, die davon profitieren, auch Frauen, sind mittel- oder unmittelbar dafür verantwortlich.

Die gesellschaftliche Situation von Frauen ist weltweit dadurch gekennzeichnet, daß sie von Anfang an geringere Wertschätzung erfahren als Angehörige des männlichen Geschlechtes und dazu bestimmt werden, diesem in jeder Weise dienlich zu sein. Das patriarchale System wird mit Gewalt aufrechterhalten. Hinzu kommt, daß die Verstrickungen zwischen den Angehörigen einer dominierenden und denen einer unterlegen gehaltenen Gruppe nirgends so groß sind wie bei dem Verhältnis unter den Geschlechtern. Im Unterschied zu dem üblichen Verhältnis zwischen Angehörigen dominierender und unterlegener Gruppen sind Frauen und Männer über verschiedene Beziehungsarten auch emotional – durch Mutter/Sohn-, Schwester/Bruder-, Tochter/Vater- und Frau/Mann-Beziehungen – miteinander verstrickt. Dies ist einer der Gründe dafür, daß der Befreiungskampf der Frauen länger dauert und weniger entschlossen geführt wird als alle anderen Befreiungskämpfe in der Geschichte.

Wir verstehen die Gestaltung einer feministischen Gesellschaftsordnung als einen Entwicklungsprozeß, in dem vieles erst neu erfunden werden muß. Eines wissen wir jedoch schon heute: Wir wollen weder auf Kosten anderer Völker noch um den Preis einer zerstörten Natur leben. Wir sind auch nicht dazu bereit, umsonst, unterbezahlt oder ohne soziale Absicherung zu arbeiten.»

Christina Schenk und Christiane Schindler gründen ihre programmatische Kritik an der Feministischen Partei DIE FRAUEN auf einen anderen Absatz aus der Präambel, der, wenn frau ihn aus dem Zusammenhang reißt, in seinem analytischen Gehalt in der Tat etwas flach ausgefallen ist und vielleicht auch nicht für alle Zeiten so stehen bleiben muß (siehe Zitat im Artikel von Schenk und Schindler, S.36). Mit dem wesentlich ausführlicheren Zitat in diesem Artikel wird der Vorwurf der Ignoranz gegenüber der Mittäterschaft von Frauen jedoch widerlegt.

Eine Diskussion darüber, ob das Patriarchat ein »Denkprodukt« oder Resultat einer »objektiven« Eigendynamik ist (Schenk/Schindler, S. 37), ist allerdings ebenso müßig wie eine Diskussion derselben Frage in bezug auf den Kapitalismus. Interessant ist doch viel mehr, wer mehrheitlich von diesen Herrschaftssystemen profitiert, wie die Beherrschten innerhalb dieser Systeme existieren können (Reformpolitik ist auch dann notwendig, wenn das System an sich abgelehnt wird), wie die mörderischen Elemente beider Systeme abgewendet werden, und wie Frauen und Männer sich schließlich von jeglicher Herrschaft befreien können.

Schenk und Schindler suggerieren, eine feministische Partei sei

»Als es bei dem Treffen in Kassel um die Frage der künftigen Organisationsform des Bündnisses ging, brachten die anwesenden Ostfrauen gegen die Gründung einer feministischen Partei drei Argumente vor. Sie betonten erstens, daß es im Osten kaum eine Basis für die Organisationsform

»Partei« gibt, da es nur noch relativ wenige sind, die sich frauenpolitisch engagieren und es daher notwendig sei, deren Kräfte in Netzwerken zusammenzuführen, anstatt sie noch weiter zu zersplittern. Zweitens wiesen sie darauf hin, daß es im Osten aufgrund der Erfahrungen mit Parteien und Massenorganisationen in der DDR eine große Abneigung gegen Parteien schlechthin gibt...

Der dritte Grund, der aus ostdeutscher Sicht gegen eine Frauenpartei sprach, war die separatistische Organisationsform. Frauen im Osten sagen oft, daß es doch darum ginge, daß Frauen und Männer sich und die Gesellschaft verändern müssen, wenn das Patriarchat beseitigt werden soll...

Die Konzipierung eines deutsch-deutschen Projekts hätte vorausgesetzt, daß diese Unterschiede zur Kenntnis genommen werden.«

Ebenda, S. 39.

»Feministische Politik muß jedoch beide Geschlechter in ihrem kollaborierenden und kooperativen und antagonistischen Zusammenhang im Blick haben. Es geht um die Gleichstellung von Männern und Frauen, die die Infragestellung der Herrschenden, also patriarchalen Maßstäbe, Werte und Normen zwingend einschließt, nicht um ›Frauenpolitik‹. Es ist zu bezweifeln, daß sich aus dem Feminismusbegriff der Frauenpartei zielgenaue politische Ansätze entwickeln lassen. Statt differenzierter politischer Analyse und Standortbestimmung bietet das Programm der Frauenpartei lediglich simple Weltansichten. Offenkundig gestatten nur diese die Imagination einer übergreifenden und gemeinschaftsstiftenden Frauenidentität und die Herstellung eines Wir-Gefühls. Jede Differenzierung gefährdet diese Basis und kann daher nicht zugelassen werden. Insgesamt wird eine Sicht auf das Patriarchat zelebriert, die vor zwanzig Jahren in dieser Form sicher wichtig und für viele Frauen erhellend war, heute jedoch den Ansprüchen einer differenzierten Situationsbeschreibung nicht mehr genügt.«
Christina Schenk, Christiane Schindler: Mottenkistenfeminismus, a.a.O., S. 38.

auch deswegen überflüssig, weil ein Teil der feministischen Forderungen heute bereits von der PDS aufgenommen worden sei. Aber: Erstens ist auch die PDS in bezug auf feministische Politik eine sehr unsichere Kandidatin, zweitens finden sich unsere Forderungen dort nur teilweise wieder und drittens sollte zur Kenntnis genommen werden, daß es Frauen gibt, die sich nicht von der PDS vertreten lassen wollen, sondern lieber am Projekt einer Partei arbeiten wollen, in der Frauen das Sagen haben.

Ein weiterer Vorwurf, unser Programm biete »nichts Neues«, paßt besser auf die Kritikerinnen selbst. Daß Feministinnen von der »Opfertheorie« leben, daß Frauen, nicht weil sie daran gehindert werden, sondern »aus ganz verschiedenen Gründen« (welche denn?) sich der Partizipation an herkömmlichen Arbeits- und Kommunikationsstrukturen verweigern, behaupten Waltraud Schoppe und andere Postfeministinnen schon ein ganzes Jahrzehnt lang...

Übrigens: Wenn der Vorwurf »Mottenkistenfeminismus« (ein Plagiat übrigens) beinhaltet, daß wir feministische Forderungen, die unsere Gegner gern für alle Zeiten einmotten würden, immer wieder lüften, dann ist er kein Vorwurf, sondern ein Lob.

Es ist in der Tat schwer, an »was Neuem« zu arbeiten, solange es notwendig ist, so viel Kraft in die Verwirklichung »alter«, noch nicht realisierter Forderungen zu investieren. Beim Schreiben des Programms der Feministischen Partei DIE FRAUEN hatten Frauen dennoch auch neue Ideen:

»Wir wollen mehr politische Macht für Frauen. Der zahlenmäßige Anteil der Frauen im Bundestag (..) muß auf mindestens 52 Prozent erhöht werden. Nach dem geltenden Bundeswahlgesetz wird die eine Hälfte der Bundestagsabgeordneten über die Landeslisten der Parteien und die andere Hälfte von den Wählerinnen und Wählern in den Wahlkreisen direkt gewählt. Über 80 Prozent der direkt gewählten Abgeordneten sind Männer. Um dies zu kompensieren, muß der Anteil der Frauen auf den Landeslisten aller Parteien mindestens 80 Prozent betragen. Höchstens jeder fünfte Platz darf von einem Mann belegt werden.«

Hiermit wird eine Änderung des Wahlgesetzes zugunsten der paritätischen Beteiligung von Frauen gefordert, die im Gegensatz zu anderen Vorschlägen, mit denen die gleiche Absicht verfolgt wird, das eigentliche Wahlsystem (Mischung Verhältniswahlrecht/Mehrheitswahlrecht) nicht berührt, was für die Existenz kleiner Parteien wesentlich ist. Außerdem wird klargemacht, daß die 50-Prozent-Quotierungen auf den Landeslisten von Grünen und PDS und die 30-Prozent-Quotierung bei der SPD angesichts des Übergewichts der Männer unter den direktgewählten Abgeordneten aller Fraktionen höchstens als schöner Zug gewertet werden kann.

Ein anderer neuer Gedanke berührt die seit langem diskutierte Frage, wie die Teilung der Kinderbetreuung zwischen Männern und Frauen forciert werden kann. Die alte Idee der Grünen, die Teilung des Erziehungsurlaubs dadurch zu erzwingen, daß er verfällt, wenn ein Elternteil ihn nicht nimmt, wurde, da ihre Realisierung auf Kosten von Frauen und Kindern ginge, verworfen. Stattdessen fordert die Feministische Partei DIE FRAUEN:

»Wir wollen, daß das Sorgerecht für ein Kind der Mutter zunächst allein zusteht, unabhängig davon, ob sie mit dem Vater des Kindes verheiratet ist oder nicht. (..) Väter können das Sorgerecht durch ihre tatsächliche Sorge für das Kind erwerben und zwar dadurch, daß sie mit dem Einverständnis der Mutter mindestens die Hälfte des Erziehungsurlaubs in Anspruch nehmen. Danach können sie beim Familiengericht das Sorgerecht beantragen, womit sie sich verpflichten, auch spätere Freistellungsansprüche – bei Krankheit des Kindes zum Beispiel – zur Hälfte wahrzunehmen.«

Im Moment arbeiten verschiedene thematische Arbeitsgruppen an der Fortschreibung des Programms. Es wird also noch mehr neue Ideen geben.

Feministische Partei als Spaltpilz der Frauenbewegung?

Der Vorwurf, die Gründung einer feministischen Partei würde die Frauenbewegung spalten und damit politikunfähig machen, wirkt immer dann besonders merkwürdig, wenn er zusammen mit der Behauptung erhoben wird, daß die Partei schon deswegen nichts werden kann, weil es gar keine Frauenbewegung mehr gebe...

Die Partei ist ein Kind des FrauenStreikTages 1994 ebenso wie das Bundesweite Feministische Bündnis (BFB). Daß diese Bewegung zwei Kinder und nicht nur eins hervorgebracht hat, liegt schlicht an der Tatsache, daß die Gruppen, die jeweils eine Partei und/oder ein Bündnis wollten, beide jeweils so groß waren, daß es nicht möglich gewesen wäre, die einen für die ausschließliche Realisierung des Projektes der anderen zu gewinnen. Das hat auch keine versucht. Beiden Gruppen war vielmehr klar, daß beide Projekte gewollt sind und deswegen auch beide angegangen werden sollen. Es ist fraglich, ob die 500 Frauen, die der Partei seit Juni 1995 mit dem Ausruf »Na endlich« als zahlende Mitfrauen beigetreten sind, das Bündnis in gleicher Weise unterstützt hätten, wenn es die Partei nicht gäbe. Auch die repräsentative Umfrage, die das Meinungsforschungsinstitut Emnid im Auftrag des Nachrichtensenders n-tv in der Woche nach Gründung der Partei machte, gibt keinerlei Anlaß dazu, das Projekt Partei aufzugeben:

Die Notwendigkeit einer Frauenpartei wurde von 48 Prozent aller Befragten bejaht. Unter den befragten Frauen beantworteten 53 Prozent die Frage positiv, im Osten waren es unter allen Befragten (Frauen und Männer) ebenfalls 53 Prozent.

In der Beschreibung des FrauenStreikbündnisses, aus dem die Partei hervorging, fehlen im Artikel von Christina Schenk und Christiane Schindler zwei wesentliche Details, die nicht länger unbekannt bleiben sollten:

Erstens: Der Streik wurde finanziell von der grünnahen Frauen-Anstiftung unterstützt, was nach der Veränderung der Struktur der grünnahen Stiftungen heute undenkbar wäre.

Zweitens: Die überregionale Koordination des FrauenStreikTages 1994, die Grundlage für die hervorragende Medienpräsenz dieser Aktion war, funktionierte allein deswegen so gut, weil die Abgeordnete Schenk ihr Abgeordnetenbüro – damals bei B90/Die Grünen – mit drei bezahlten Vollzeitmitarbeiterinnen und Kommunikationstechnik der Streikkoordination zur Verfügung stellte.

»Die Vorstellungen, die mit dem Begriff Feminismus verbunden werden, sind in Ost und West verschieden. Ganz allgemein kann gesagt werden, daß der westdeutsche Feminismus eher frauenzentriert und der ostdeutsche Feminismus eher gleichstellungszentriert ist. Ein Ansatz, der feministische Politik als Politik von Frauen für Frauen beschreibt, bei der »Fraueninteressen« in den Mittelpunkt der Politik gestellt werden sollen (Aufruf zur Gründung einer feministischen Partei), wird vor allem in Ostdeutschland auf wenig Verständnis stoßen. Im Westen stehen nach wie vor solche Fragen wie Selbstbestimmung, Männergewalt gegen Frauen und Kinder und Rassismus im Vordergrund, im Osten sind es eher Themen wie die Arbeitsmarktsituation von Frauen, Wirtschaftspolitik und die Frage der Vereinbarkeit von Berufs- bzw. Erwerbstätigkeit und Kinderbetreuung. Die Situation der ostdeutschen Frauen wird im Programm mit keinem Wort erwähnt.«
Ebenda, S.38f.

Vom 14.-16. Juni 1996 findet der erste reguläre Parteitag der Feministischen Partei DIE FRAUEN im Audimax in Hildesheim statt. Der Parteitag ist öffentlich, interessierte Frauen können sich unter folgender Adresse anmelden:

Feministische Partei DIE FRAUEN
Bonner Talweg 55
53113 Bonn
Telefon: 0228 262064
Fax: 0228 698084

Damit verhielt sie sich vorbildlich und benutzte ihre parlamentarischen Ressourcen genau so, wie es Feministinnen und Linke von ihren Abgeordneten erwarten. Die Landesversammlung von B90/Die Grünen belohnte dieses vorbildliche Verhalten nicht, sondern strafte Christina Schenk unter anderem gerade deswegen mit der Nichtwiederwahl auf die Landesliste zum Bundestag. Einer der gegen sie erhobenen Vorwürfe lautete, sie tue – auf parlamentarischer Ebene – nicht genug. Das ist allerdings kein Wunder, wenn der gesamte Apparat während eines Viertels der Legislaturperiode für außerparlamentarische Aktionen genutzt wird. Die damalige PDS-Fraktion unterstützte den FrauenStreiktages 94 ebenfalls – allerdings nur mit einer Mitarbeiterin, die nur stundenweise zur Verfügung stand.

Also, der historischen Wahrheit wegen: Ohne das Geld von der FrauenAnstiftung und ohne das Büro von Christina Schenk hätte es den Streik in der damaligen Größenordnung nie gegeben. Eine bundesweite Aktion derartigen Ausmaßes kann nicht ohne die Arbeit der Frauen vor Ort existieren, aber sie funktioniert auch nicht ohne eine zentrale Koordination. Diese ist so arbeitsintensiv, daß sie nicht ohne bezahlte Kräfte auskommt.

Christina Schenk verfügt jetzt – diesmal bei der PDS – wieder über ein Abgeordnetenbüro. Ein warmes Stübchen, von dem aus sich in den nächsten drei Jahren allerhand anstellen ließe. Es könnten sowohl ähnliche Aktionen wie der FrauenStreikTag koordiniert als auch der Aufbau eines BFB unterstützt werden. Die Tatsache, daß Christina Schenk ihr Büro heute anders nutzt, hängt vielleicht damit zusammen, daß sie nach den schlechten Erfahrungen bei den Grünen jetzt vorsichtiger geworden ist und daß sich die Frauenbewegung ihre Aktionen von einem PDS-Büro aus nicht so gerne koordinieren lassen würde, wie einst von einem Grünen-Büro. Auch das bestätigt die Notwendigkeit einer Feministischen Partei, die mit eigenen Abgeordneten in den Bundestag zieht.